

unserer Gesellschaft“ die vielfältige ehrenamtliche Arbeit entgegenhielt, die bereits jetzt geleistet, aber „nicht an die große Glocke gehängt“ wird: u. a. bei der Betreuung von Kleinkindern, bei Altenbesuchsdiensten, bei der Hausaufgabenbetreuung, in der Gemeindefrankenpflege, in der Jugendhilfe, der Behinderten- und Suchtkrankenhilfe, bei der Hilfe für Umsiedler und ausländische Mitbürger, in Vereinen mit sozialer Zielsetzung, bei Dritte-Welt-Aktionen.

Die *Definition* ehrenamtlicher sozialer Tätigkeit, wie sie Praktiker und Sozialwissenschaftler übereinstimmend gaben, läuft auf etwas ebenso Unpräzises wie Anspruchsvolles hinaus: Hilfsbereitschaft im menschlichen Nahbereich. Die Bundesvorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands (ein ehrenamtlicher „Zweig“ der Caritas mit 3140 Gruppen und fast 65000 Mitgliedern), *Maria Schaeffler*, formulierte es so: „Unsere Erfahrung ist, daß es zunehmend an persönlichen Hilfen aus der Nähe und an einer verständnisvollen Umgebung fehlt. Technische Perfektion und Organisation hat nichts an dem Urbedürfnis der Menschen geändert, persönlich geachtet, geliebt, geborgen zu sein. Nötig ist, die Bedeutung der mitmenschlichen Beziehungen neu zu entdecken.“ Der Trierer Ordinarius für Soziologie und Sozialpolitik, *Hans Braun*, faßte die wichtigsten Bedarfsfelder freiwilliger Hilfe zusammen: Ermittlung bestehender Notlagen durch die persönliche Kenntnis der Lebensbedingungen in Nachbarschaft und Gemeinde; Unterstützung von einzelnen und Gruppen, deren Probleme weitgehend im alltäglichen Zusammenleben zu lösen sind; Herstellung von Kontakten

zu Verbänden und Abbau der Schwellenangst bei der Kontaktaufnahme durch die Hilfebedürftigen; Übernahme von Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Verbänden, bei denen es vor allem auf den *persönlichen Kontakt zum Hilfeempfänger* ankommt; Vermittlung zwischen dem Hilfebedürftigen und seinen Angehörigen oder den hauptamtlichen Helfern; Unterstützung bei der Ablösung von der durch Verbände und Behörden erbrachten professionellen Hilfe und bei der Wiedererlangung der Selbständigkeit im alltäglichen Leben.

So sehr auf der einen Seite die Tendenz zum Perfektionismus, zur Professionalisierung und Bürokratisierung der sozialen Dienste kritisiert wurde – Theodor Schober sprach vom „Schreckensgemälde“ einer Gesellschaft, die nur aus Fachleuten bestünde, und forderte als Sprecher eines großen Verbandes bemerkenswerterweise den Mut zum Unvollkommenen und die Aufwertung des Laien –, so sehr wurde auf der anderen Seite vor einer Polarisierung oder Vermischung von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Hilfe gewarnt. Beide dürften sich weder gegenseitig ignorieren noch als Konkurrenz mißverstehen, sondern müßten sich als komplementäre Formen der Hilfe verstehen und sich als jeweils eigenverantwortlich respektieren.

Der Bedarf ist groß

Wenn der *Bedarf* an ehrenamtlicher Hilfe so groß ist, wie es bei der Anhörung von allen Seiten dargestellt wurde, und wenn die u. a. von Schmidtchen festgestellte *Bereitschaft*

zur Hilfe nicht nur verbal geäußert, sondern praktisch gegeben ist, dann müßte es eine vordringliche Aufgabe der auf allen Ebenen in Staat und Gesellschaft Verantwortlichen sein, den vorhandenen Bedarf an Hilfe und die vorhandene Hilfsbereitschaft so gut als möglich zusammenzubringen. Als notwendige Beiträge dazu wurden genannt: eine öffentliche Bewußtseinsbildung unter dem Vorzeichen ‚Selbstverwirklichung im Dienst am Nächsten‘, eine gesellschaftliche Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeit, eine Änderung von überzogenen Rechtsbestimmungen, die ehrenamtlicher Arbeit im Weg stehen, Korrekturen im Sozialsystem in Richtung von mehr Eigen- und Mitverantwortung, von mehr Dezentralisierung und Flexibilität.

Worum es geht, dürfte letzten Endes nichts anderes sein als eine bessere Realisierung des Subsidiaritätsprinzips in seinem vollen Sinn: daß sich zunächst der einzelne selbst hilft und daß sich Einzelpersonen in ihrem eigenen Lebensumkreis gegenseitig helfen und daß darüber hinaus die jeweils größere Gemeinschaft bzw. gesellschaftliche Organisationsform nur da zuständig ist und dann erst tätig wird, wo die jeweils kleinere überfordert wäre.

Nicht nur Vertreter der katholischen Soziallehre, sondern auch zahlreiche Sozialwissenschaftler und Gesellschaftsanalytiker unterschiedlicher weltanschaulicher Couleur versprechen sich davon sehr viel für ein menschlicheres Zusammenleben in modernen Industriegesellschaften. Für den Weg zu diesem Ziel hat die Stuttgarter Anhörung wichtige Hinweise gegeben. H. G. K.

Dürftige Auskunft über Politik

Die zweite Regierungserklärung der christlich-liberalen Koalition

Die christdemokratisch-liberale Koalition hat im Herbst trotz aufgewühlter politischer Gefühle ziemlich geschäftsmäßig begonnen. Sie hat sich in den folgenden Monaten innen- und außenpolitisch solide etabliert und mit Bravour die Wahlen hinter sich gebracht. In den Wochen nach dem 6. März stockte dann freilich schon man-

ches. Die Koalitionsverhandlungen brachte man trotz gelegentlichem bayerischen Sperrfeuer noch ohne großen, jedenfalls nach außen erkennbaren Streit hinter sich. Aber mancherlei in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik blieb unklar (z. B. die Rentenfinanzierung) oder wirkte wie aufgeschoben, als ob man es bereits nötig

hätte, Uneinigkeit zu vermeiden (z. B. in der Lateinamerika- und Südafrikapolitik), oder brachte nur Notlösungen wie die Rückzahlung bzw. Nichtrückzahlung der Investitionshilfeabgabe für besser Verdienende. Dann kam die offene Auseinandersetzung zwischen CSU und FDP um die Deutschlandpolitik dazu, und schon gab es Kommentare – und nicht nur von Oppositionspolitikern –, diese Koalition sei in ihrer Substanz jetzt schon so gefährdet wie die frühere nach langen Regierungsjahren.

Nur Weniges wurde klar

Von der zweiten Regierungserklärung, nicht mehr auf Notprogramme bzw. auf Übergangsperspektiven konzentriert, wie es die erste sein mußte, wurde dann mehr Klärung im Detail und die wenigstens andeutungsweise Entfaltung einer langfristigen Perspektive erwartet, zumal eine gewisse Unbestimmtheit bei den Koalitionsverhandlungen mit dem Hinweis erklärt wurde, der Kanzler würde in der Regierungserklärung das Nötige „nachholen“. Daraus ist nicht viel geworden. Die Kommentare lauteten fast einheitlich – und selbst nach Gefühl und Programm eng mit der Koalition verbundene Zeitungen wichen davon hier ab: die zweite Kohlsche Regierungserklärung war nicht nur kein großer Wurf, sondern ein unverbindliches Verharren im allgemeinen, ohne jede Mitteilung von Details, wo man gerne gewußt hätte, wie die Regierung im einzelnen zu handeln gedenkt. Aber auch das Gesamtbild der Handlungsabsichten der erst installierten Koalition erhielt keine klaren Konturen; manches – vor allem sozialpolitisch – war sogar in der ersten Erklärung vom 15. Oktober deutlicher gesagt worden. Niemand wird der Regierungserklärung vorwerfen wollen, es fehle in ihr an Absichtserklärungen und der Bundeskanzler habe nicht das Nötige darüber gesagt, was die Regierung in dieser Legislaturperiode tun oder erreichen will. Zum Thema *Arbeitslosigkeit* zum Beispiel äußerte sich der Kanzler durchaus um einiges konkreter, als es die Opposition wahrhaben wollte. Zwar durchzieht den wirtschafts- und finanzpolitischen Teil der Erklärung wenigstens scheinbar ein ungebrochener und insofern wenig realistischer Wachstumsglaube. Und alles, was über Leistung im technisch-wirtschaftlichen Sinne gesagt wird, weist in die gleiche Richtung. Aber es wurde nicht erst durch entsprechende Bemerkungen des Bundeswirtschaftsministers klar, daß Beschäftigungspolitik künftig auch *Arbeitsumverteilung* heißen muß. Während sich die Opposition (Vogel: „Mit einer einzigen [in der Rüstungspolitik eingesparten] Milliarde könnten durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 125 000 Arbeitsplätze geschaffen werden“) auf wenig realistische Arbeitsbeschaffungsperspektiven und auf die Forderung nach linearen Arbeitszeitverkürzungen (Vogel: „Es ist unverantwortlich, daß die Arbeitgeber gerade [jetzt] die Arbeitszeitkürzung zum Tabu erklären“) konkretisierte, sprach Kanzler Kohl nicht nur allgemein von „einer flexibleren Gestaltung des Arbeitslebens“ und von der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sondern zweimal von der Forderung nach mehr

Teilzeitarbeitsplätzen und Arbeitsplatzverteilung. Er tat dies freilich in Form eines Appells an die Tarifpartner und nicht in Form von Gesetzesankündigungen.

Daß sich die Bundesregierung in der *Sparpolitik* praktisch auf die Wiederholung der in den Koalitionsverhandlungen festgelegten Eckdaten des Haushalts '84 beschränkte und die sperrigen Details erst später durch den Finanzminister zu erkennen gab, war zwar eine dürftige Auskunft gegenüber der Gesamtheit. Man wird aber einer Regierung nicht verübeln wollen, daß sie solche Maßnahmen in homöopathischen Dosierungen bekanntgibt und sich nicht allzu unbekümmert in die eigenen Karten schauen läßt. Ganz abgesehen davon, daß es nun einmal die Eigenart des gegenwärtigen Kanzlers ist, durch seine Person und durch Stimmung und weniger durch konkrete Festlegungen Politik zu machen. Das mag in einer Phase wirtschaftlicher Entwicklung, in der es auf die „rechte“ Stimmung wenigstens ebenso sehr ankommt wie auf Programme, nicht einmal so schlecht sein und erlaubt bei unvorhersehbaren Veränderungen, pragmatisch zu reagieren.

Man wird auch nicht sagen können, es sei nicht *die Art* sichtbar geworden, *in der die Koalition Politik machen will*. Die Akzente wurden diesbezüglich sowohl zur Innen- bzw. Wirtschafts- und Sozialpolitik wie außenpolitisch sogar überdeutlich gesetzt. Wenn auch sehr unklar bleibt, was eine „robustere Konstitution der Wirtschaft“ für einen liberalen Marktwirtschaftler oder für ein Mitglied der CDU-Sozialausschüsse jeweils bedeutet, so wird doch ziemlich klar, daß dem *Marktwirtschaftsprinzip* vor allem anderen Vorrang gegeben wird: Die plakatiert angekündigte Politik der Erneuerung „muß sich zuerst erweisen in der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“. Es wird auch niemand im unklaren gelassen, auf welcher Komponente der Schwerpunkt liegen soll: „Eine Wirtschaftsordnung ist nur so erfolgreicher, je mehr sich der Staat zurückhält.“

Auf der gleichen Linie liegt, was über *Leistung* gesagt und wie diese verstanden wird, ob als wissenschaftliche Leistungsfähigkeit oder als „zupackende Mitarbeit der jungen Generation“. *Eliten* sollen nicht nur in Wissenschaft und Forschung ihren Platz haben. Das Eliteprinzip ergänzt das Marktprinzip.

Nicht minder deutlich setzte die Regierung die Akzente in der *Außenpolitik*. Hörte man genau hin, war hier sogar mehr persönliches Engagement des Kanzlers zu erkennen als auf vielen Gebieten der Innen- oder Rechtspolitik. Was in Richtung westliches Bündnis gesagt wurde, war dabei eher selbstverständlich. Niemand hat hier andere Inhalte oder auch nur eine andere Diktion erwartet. Mehr beeindruckt hat die in doppelter Richtung ziemlich klare, von Floskeln wie von zu vollmundigen Programmen (Sicherheitspartnerschaft, Entspannungspolitik) freie Passage über die Ostpolitik: Die neue Regierung will nicht bremsen und auch nicht einfach Kontinuität wahren, sondern eine *aktive und eigenständige Ostpolitik* betreiben. – Der Kanzler sprach von den „historischen Bindungen“ an

die östlichen Staaten, zeigte Verständnis für deren Sicherheitsbedürfnis, nannte hier ausdrücklich auch die Sowjetunion. Er stellte einen Kurs der Verständigung und der Vertrauensbildung in Aussicht, wünschte „eine neue und bessere Qualität“ der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes und sprach von „gegenseitig vorteilhaften und ausgewogenen Wirtschaftsbeziehungen“.

Die Regierung will einschließlich der Beziehungen zu Ostberlin offenbar gerade in der jetzigen schwierigen Phase der Rüstungsverhandlungen einen Stillstand der Beziehungen zum sowjetischen Block vermeiden, aber auch längerfristig um *Bewegung im Ost-West-Verhältnis* bemüht sein. Natürlich fehlt nicht die Warnung vor dem „Weltrevolutionären Klassenkampf“, der die Herstellung stabiler Beziehungen behindere, aber dem wird das eigene Angebot zum Dialog, zum Ausgleich und zur Zusammenarbeit entgegengesetzt.

Mangel an Perspektive

Damit ist freilich auch schon so gut wie alles genannt, was sich an konkreten Vorhaben und an langfristigen Zielen erkennen läßt. Was zur Rechts-, Sozial- und Familienpolitik angeführt wurde, rangierte trotz eines gewissen Pathos („Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“) eher auf einer zweiten, weniger programmatischen Ebene (Vermögensbildung), oder es handelte sich, von einigen fest für diese Legislaturperiode beschlossenen Maßnahmen (Einführung des Familiensplittings, „vorläufige“ Rentenreform, Korrekturen am Demonstrationsstrafrecht) abgesehen, um Selbstverständlichkeiten. Die Regierung markierte sehr energisch, was sie im Blick auf die Entwicklung zur Zeit der sozialliberalen Koalition, vor allem im Blick auf die Sanierung der Wirtschaft, anders machen will: mehr Markt, Vorrang für den investiven Bereich, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Förderung der Eigenleistung, „Entstaatlichung des Individuums“), aber sie sagte zu wichtigen Gebieten so gut wie nichts: zum Beispiel zum *Bildungsbereich*. Auch wenn Schule und Bildung insgesamt Länderangelegenheit sind, hätte man von einer neu ins Amt gekommenen Regierung, die nicht nur Übergang sein, sondern eine Ära prägen will, doch auch gerne darüber etwas erfahren, wie aus ihrer Sicht Bildung heute aussehen soll, welchen Schwerpunkten sie dabei Vorrang zu geben und was sie an Reformvorhaben zu fördern oder einzubringen gedenkt. Der ganze Bereich der *Kultur* blieb, abgesehen von den Auslandsschulen, ziemlich ausgespart. Der Kanzler entwickelte kein, und sei es auch nur in groben Umrissen, erkennbares *Bild der Gesellschaft*, in der die Regierung und für die sie Politik machen will. Gesellschaft als perspektivischer Faktor zwischen dem einzelnen und dem Staat und eine Qualifizierung des Zustands der sozialen Vernetzung fiel ganz aus. Staat und „Bürger“ treten sich ganz in altliberalem Sinn sehr unmittelbar gegenüber, als ob es an Zwischenbereichen und Vermittlungen gleichsam nichts gäbe. Damit ist ein Stück weit auch das entwertet,

was an Subsidiaritätspolitik (in Richtung Familie, mittelständische Wirtschaft usw.) angekündigt wird, und vor allem wird keine Gesamtperspektive zum *Bürokratieproblem* und zum Dreiecksverhältnis Bürger–Gesellschaft–Staat insgesamt vermittelt. Man erfährt nichts darüber, wie in einem Zustand enger gesellschaftlicher Verflechtung eine *Politik der Freiheitssicherung* betrieben werden soll, ohne daß das bürokratische Element lediglich fortgeschrieben oder einfach einem Altliberalismus gehuldigt wird, der zwar Chancengleichheit verkündet, aber nicht zu sagen weiß, wie Freiheit für alle durch sozialen Ausgleich gesichert werden kann.

Es ist sicher keine Phrase, wenn gesagt wird, „Mitmenschlichkeit ist praktizierter Bürgersinn“. Es steht gerade einer christlich-demokratischen Regierung zu, das menschliche Gesicht einer Gesellschaft vor allem in konkreter Mitmenschlichkeit auszuweisen. Gerade vom sozialen Service geprägte Gesellschaften haben es offenbar an sich, daß Mitmenschlichkeit als Hilfe und Stützung von Mensch zu Mensch, von Nachbar zu Nachbar, von Familie zu Familie, von Generation zu Generation zu kurz kommt. Und es ist durchaus im Sinne der Subsidiärfunktion des Staates, zu gegenseitiger Selbsthilfe anzuregen. Aber Mitmenschlichkeit kann kein Ersatz für eine um Gerechtigkeit bemühte Sozialpolitik unter dem Diktat leerer oder halbleerer Kassen sein. Da hätte man schon gerne etwas mehr darüber gehört, welche *sozialpolitischen Prioritäten* die Regierung zu setzen wünscht. So sieht es aus, als fehlte es gerade dieser Regierung an sozialer Vorstellungskraft. Und die Opposition hatte es besonders leicht, den Finger in diese offene Wunde zu legen. Vogel u. a.: „Gewiß (der Staat) kann nicht an die Stelle des Marktes treten. Aber er muß anregend, gestaltend, helfend und schützend eingreifen.“ So sage es überdies auch „fast wörtlich die katholische Soziallehre und auch die evangelische Sozialethik, auf die Sie sich bei feierlichen Gelegenheiten so gerne berufen“.

Aber vielleicht war die Gelegenheit nicht feierlich genug. Auf jeden Fall schien ein Zitationsbedarf in dieser Richtung nicht zu bestehen, und die Verfechter des christlich-sozialen Elements in der Union waren nicht zufällig die mit der Regierungserklärung am wenigsten Zufriedenen. Im übrigen, es wurde zwar von niemandem erwähnt, aber die Regierungserklärung war so abgefaßt, als ob es die jahrelange *Diskussion über die Grundwerte* als gesamtgesellschaftlichen Vorgang nie gegeben hätte. Kann aber eine Regierung, kann eine Partei rational Politik machen, wenn sie sich über den Werte- und Verhaltenswandel in der Gesellschaft, in der sie politisch führen soll – das wäre wohl gerade das, was üblicherweise unter geistiger Führung postuliert wird –, keine Rechenschaft gibt oder jede Auskunft schuldig bleibt? Was diesbezüglich mitgeteilt wurde, war lediglich ein ungebrochenes Vertrauen zum Markt und zur gewinnmotivierten Leistung und ein ebenso großes Zutrauen zu einem ethisch noch völlig unreflektierten technischen Fortschritt. Das im Grunde genommen vorrationale Verhältnis zur Technik (Ambiva-

lenzandeutungen – „sie [die Technik] bietet Chancen, aber birgt auch Gefahren. Wir wissen, daß nicht alles den Menschen Mögliche den Menschen gemäß ist“ wurden, soweit sie überhaupt auftauchen, offenbar erst im letzten Moment eingefügt) zeigt einen erschreckenden Mangel an Perspektive. Dieser Mangel wiegt um so schwerer, als hier konservative Pragmatiker von ihrem insgesamt realistischen, weniger in idealen Zielvorgaben verankerten Menschenbild her den Weg zwischen Technikenthusiasmus und Technikangst leichter finden (und weisen) könnten als jede andere gegenwärtig meinungsprägende politisch-intellektuelle Gruppierung.

Blamable Würdigung der Kirchen

Ein Kapitel für sich ist die *Würdigung der Kirchen* in der Kohlschen Regierungserklärung. Die Kirchen sind es seit einiger Zeit gewohnt, bei solchen Anlässen unter ferner liefen registriert zu werden als Zweckverband für Wertevermittlung und moralische Legitimation. Auf diese Weise hat sie die säkulare Gesellschaft schon längst in sich aufgenommen und damit allerdings auch in ihrem religiösen Profil zugleich auch schon absorbiert. Regierungen der sozialliberalen Koalition legten dennoch Wert darauf, die Rolle der Kirchen, wenn nicht eingehend, so doch deutlich zu beschreiben. Es gab ja auch immerhin beträchtliche Konfliktstoffe, und die Würdigung von oberster Stelle diente der Wahrung des Gesichts gegenüber dem Wähler. Die Regierungserklärung vom 4. Mai widmete den Kirchen ganze 13 Zeilen. Zusammen mit dem Hinweis auf die jüdische Religionsgemeinschaft sind das genauso viele, wie für die Deutsche Turn- und Sportbewegung abfielen.

Die „Kirchenpassage“ findet sich bezeichnenderweise unter dem Kapitel über den freiheitlichen Rechtsstaat. Anlaß, die Kirchen zu nennen, sind die gemeinsamen Grundwerte – es ist die einzige Stelle, wo dieser Begriff vorkommt –, aus denen „unsere freiheitliche Gesellschaft ihre Lebenskraft bezieht“. Der Kanzler bedankte sich für die „großartige Leistung der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die unser Wertbewußtsein mit prägen“. Neben der Beteuerung des Respekts für die Friedensarbeit der Kirchen in beiden Teilen Deutschlands ist dann im Blick auf die Kirchen die Feststellung zu vernehmen, „ohne christliche Ethik und Nächstenliebe wäre unser Volk ärmer“.

Bei allem Verständnis für politische vage Formulierungen scheint das doch eine ziemlich blamable Würdigung durch einen christlich-demokratischen Regierungschef zu sein. Eigentlich gehört es ja zur Programmatik einer christlich-demokratischen Partei, ihre Politik aus einer Ethik der Nächstenliebe zu begründen; das ergäbe dann vielleicht tatsächlich so etwas wie die Idee einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Aber das „C“ in der Union muß schon ziemlich weit verkommen sein, wenn dazu niemandem, der an der Regierungserklärung mitgewirkt hat, Substantielleres eingefallen ist. Eine Regierung,

die Mitmenschlichkeit so nachdrücklich als praktizierten Bürgersinn verkündet, müßte wenigstens auch ein Wort über die gesellschaftlichen Leistungen verlieren, die die Kirchen über ihre Wohlfahrtsverbände zusammen mit anderen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege aufbringen.

Recht gefallen können den Kirchen auch die Passagen zu jenen sozialen Themen nicht haben, für die sie sich als eine Stimme des sozialen Gewissens in der Gesellschaft besonders einsetzen. Gewiß werden sie mit all dem einverstanden sein, was zur *Stärkung der Familie* gesagt wird, besonders dort, wo die in Aussicht gestellte Stärkung recht allgemein bleibt. Aber schon reichlich mager muten die Ausführungen zur *Ausländerpolitik* an. Von einer Regierung, die stolz darauf ist, dem Wähler vor der Wahl Unpopuläres gesagt und dennoch die Mehrheit erreicht zu haben, würde man eigentlich schon ein Wort zur offenen oder latenten *Ausländerfeindlichkeit* erwarten. Aber selbst wer das nicht erwartete, ist einigermaßen überrascht, daß der statistischen Feststellung über den Anteil an Ausländern an der Gesamtbevölkerung gleich die Feststellung folgt, „daß wir nicht bereit sind hinzunehmen, daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen mit kriminellen Mitteln auf dem Boden der Bundesrepublik austragen“. Als ob bei der Ausländerfrage vor allem nur die *Ausländerkriminalität* ein Problem wäre.

Ungefähr gleich gehaltvoll sind die *Ausführungen zum § 218*. Die Feststellung, daß die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei der Notlagenindikation mit Steuergeldern und Krankenkassenbeiträgen „umstritten“ sei, ist, wenn man von der Ankündigung der Erleichterung der Adoption und der Verstärkung der Beratungen für schwangere Frauen absieht, so ziemlich das Konkreteste, was dazu gesagt wird.

Die Qualität einer Politik läßt sich nicht in erster Linie in einer Regierungserklärung ablesen. Man wird also abwarten müssen, was praktisch geschieht. Schon jetzt aber läßt sich absehen, daß das Verhältnis der neuen Koalition zu den Kirchen einigermaßen spannend werden dürfte.

Ein veränderter Ton?

Blieb also die Regierungserklärung insgesamt ein wenig aufschlußreiches Unternehmen, so gilt für die *Aussprache* über sie nicht unbedingt das gleiche. Reduziert sich Politik in der Erklärung Kohls weitgehend auf das Verhältnis *Individuum–Staat*, brachte die Opposition entsprechend ihrem Politikverständnis sehr viel stärker die *Gesellschaft* mit ihrer positiven wie negativen Dynamik ins Spiel. Es zeigte sich, daß sich die alte Regierungspartei SPD wenigstens scheinbar leichter tat, ihrer Rolle gemäß zu argumentieren und sich abzeichnende Entwicklungen aufzuzeigen.

Ob die zweite Oppositionspartei ein so sehr belebendes Element dieser Legislaturperiode wird, wie es manche Kommentatoren zunächst empfanden, darüber gab die *Aussprache* keinen genauen Aufschluß. Eher über die

Probleme, die die Grünen mit sich selber haben, über die eher pubertäre Art, wie manche von ihnen persönlich-private Probleme ins Parlament tragen, aber auch über die wenig galante Form, in der vor allem Abgeordnete aus den Reihen der Unionsparteien der bunten und recht unterschiedlich „radikal“ besetzten Gruppierung begegnet sind.

Aufgefallen ist aber vor allem ein *veränderter Ton* zwischen Regierung und Opposition. Die gegenseitigen Höflichkeiten gingen über die Zusage konstruktiven Verhaltens (der Kanzler: „Wir sagen nicht, daß wir die Opposition nicht brauchen“; der Oppositionsführer: „Wir werden Opposition treiben, nicht Obstruktion“) hinaus. Persönliche Aversionen schienen weitgehend verschwunden. Trotz aller *Vorsicht vor Positionsverwischung* war der Wille erkennbar, loyal miteinander zu streiten und den Konsens dort, wo er sinnvoll oder gar notwendig ist, nicht zu verbauen. Das parlamentarische Klima ist anders, viel-

leicht sogar besser, auf jeden Fall normaler geworden. Dies war wohl auch deshalb, weil die Fronten geklärt und die unter der sozialliberalen Koalition bereits länger wirk-samen *Verwerfungen* (hier die größere Regierungspartei gespalten zwischen Loyalität zum eigenen Kanzler und offener oder versteckter Opposition gegen ihn; dort eine Opposition in vielen Punkten in erkennbarer Übereinstimmung mit dem Kanzler, aber in Konfrontation mit dessen Partei) nicht mehr bestehen. Man weiß (außer in Teilen der CSU) offenbar wieder klarer, wer regiert und wer opponiert, das erlaubt beiden Seiten mehr Souveränität und Gelassenheit. Ob man auch dann noch fähig ist, nur über die Sache zu streiten, wenn in einigen Monaten über atomare Nachrüstung zu entscheiden ist, wenn Opposition außerhalb des Parlaments sich zu Widerstand formiert und wenn schmerzliche Eingriffe im sozial-staatlichen Bereich unausweichlich werden, wird sich zeigen.

David A. Seeber

Ein überraschendes Ende

Österreich unter Kreisky

Jahrelang rätselte man in Österreich, wie denn nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung der Übergang in die Nach-Kreisky-Ära gelingen würde. Und dann war diese Nach-Kreisky-Ära mit der Nationalratswahl am 24. April ganz plötzlich und unversehens da. In einer berührenden Szene vor laufenden Fernsehkameras sagte Bundeskanzler Kreisky, sichtlich aufgewühlt von diesem Augenblick, ja, er habe eine Wahlniederlage erlitten, und am nächsten Tag werde er zurücktreten.

Diese entschiedene Erklärung Kreiskys unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses überraschte allgemein, obwohl der Kanzler schon vor der Wahl immer wieder gedroht hatte, er werde „den Hut nehmen“, wenn die SPÖ die absolute Mehrheit nicht abermals erringen sollte. Viele Menschen glaubten aber nicht ganz an die Ernsthaftigkeit dieser Drohung. Dazu kam noch der knappe Ausgang der Wahl, der der SPÖ wohl einen Verlust von 3,2 Prozent der Stimmen, aber der ÖVP nur einen relativ bescheidenen Gewinn von 1,3 Prozent der Stimmen bescherte.

Bleibende Verdienste

Die Sozialistische Partei zog indessen ohne Sentimentalität die Konsequenzen: Schon am Tag nach der Wahl wurde der bisherige Vizekanzler und Unterrichtsminister *Fred Sinowatz* zum kommenden Bundeskanzler nominiert. Mit Energie nahm die SPÖ die Bildung einer Koalitionsregierung mit der kleinen Freiheitlichen Partei Österreichs in Angriff, die bei den Wahlen ein Sechstel ihrer Stimmen verloren hatte, auf nicht einmal fünf Prozent der gültigen Stimmen zurückgefallen war und trotzdem ein Mandat hinzugewann. Mit der rot-blauen Koalition

ist für Österreich eine Premiere gegeben: Denn noch nie seit 1945 hatte das national-liberale Lager in Österreich Gelegenheit, an der Regierungsverantwortung teilzunehmen.

Fragt man nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung nach dem, was davon bleibt, so ist wohl in erster Linie die endgültige *Integration der überwiegend sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft in den Staat Österreich* zu nennen. Die zäh fortwuchernden Nachwirkungen des Bürgerkrieges in den dreißiger Jahren, der vor allem Kirche und Arbeiter in tragischer Weise entfremdete, dürften damit wenigstens auf politischem Gebiet überwunden sein.

Zu Kreiskys Lebenswerk zählt auch, daß er die SPÖ *vom doktrinären Austromarxismus* ihrer Vergangenheit zur sozialdemokratischen Pragmatik einer linken Volkspartei führte, wobei für Kreisky das Erlebnis der skandinavischen Verhältnisse während seiner Emigration in Schweden gewiß prägend war.

Als drittes Bleibendes ist zu vermerken, daß Bruno Kreisky seinen Mitbürgern jenen Minderwertigkeitskomplex genommen hat, der sich seit dem Zusammenbruch der alten großen Donaumonarchie im Jahre 1918 und nach dem Absturz Österreichs in eine scheinbar unbedeutende Kleinstaatlichkeit bei vielen Östreichern ergeben hat.

Kreisky bewies seinen Landsleuten, welche Wirkungen man auch als Politiker eines kleinen Landes erzielen, welches Ansehen selbst eine kleine Republik in aller Welt eringen kann.

Mit Bruno Kreisky schied ein Mann aus den Regierungsgeschäften, der ein Freund von Künstlern und Literaten, ein Meister feinsinnigen Gesprächs war, der aber ebenso